

Riesauer Tageblatt

Verantwortl. Redakteur:
Tageblatt Riesa.
Pernitz Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Telefon:
Riesa Nr. 52.

Nr. 108.

Mittwoch, 10. Mai 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis- und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bemerkung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Abonnementsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zusammentritt des Sächs. Landtages am 16. Mai.

Die Bürgerpflicht.

Es gab eine Zeit, da die Mahnung: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, überaus richtig und angebracht war. Wir haben aber eine Revolution hinter uns, wir befinden uns noch immer — wie Führer der nationalen Bewegung versichern, und was eigentlich selbstverständlich ist — an den Tausenden, in Flut befindlichen grundsätzlichen Änderungen — in der Revolution, aber die Mahnung, Ruhe zu halten, ist angefallen der Stärke dieser Umwälzung, angefallen der Tatsache, daß eine gewalttätige Mehrheit des deutschen Volkes die Umwälzung verlangt und fordert, nicht erwidert. Niemand wagt mehr die Ruhe zu führen, es gibt wohl auch keine gegnerischen Kräfte, die den Mut aufbringen, der nationalen Bewegung Schwierigkeiten zu machen. Die Ruhe war eigentlich da von der ersten Stunde der Umwälzung an. Und zwar, weil sich der Umsturz folgerichtig, gestützt auf starke Wehrkräfte, vollzog. Vielleicht gab es ein wenig Nervosität, ein wenig Zucken und Zittern, ein wenig Flattern bei denen, die durch den Einbruch der neuen Zeit überrascht waren und aus Parteilichkeit und Parteilichkeit flohen. Das war aber auch alles. In Deutschland hat sich, trotz der Grenzmärchen und der Grenzhetze im Ausland, eine musterhafte Umwälzung vollzogen, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat, eine Revolution ohne Blut, und doch so gründlich, daß sie in einer überaus kurzen Zeitspanne dem ganzen Lande ein ganz anderes Gesicht gab, oder, wie mit Recht behauptet wird, Maßnahmen ergab, die andernfalls zehn, zwanzig und mehr, vielleicht sogar hundert Jahre zur Durchführung gebraucht hätten.

Also — um auf eine andere und wichtigere Frage zu kommen — wir brauchen nicht die Mahnung nach Ruhe und wir brauchen die Bürgerpflicht nicht auf diese Weise. Eine andere Mahnung ist wichtiger, zeitgemäßer, eine Mahnung, die bereits wiederholt ausgesprochen wurde, und die nicht genug jedem, aber auch jedem ins Ohr geschrien werden kann. Die Mahnung: heil aufbauen, heil aufbauen, entweder indem ihr mehr zu produzieren beginnt, sogar Arbeitskräfte beschafft, oder faulst jetzt wenigstens mehr, als ihr müßt, faulst zu dürrer oder faulst zu wässriger. Jeder Mensch, der in der Wirtschaft leben hat eine Verantwortung. Man kann nicht faulen: Auf mich kommt es nicht an. Nein, jeder, aber auch jeder ist verpflichtet, sein Teil beizutragen, um die Last der Arbeitslosigkeit zu mildern. Wenn, wer von dem großen Einkommen bereits jetzt jeden Pfennig verbraucht, der wird sich an diesem Aufbau nicht beteiligen können. Es gibt aber Schichten, die in der Lage sind, Geld zurückzugeben, es gibt Menschen, die sich Rassen angelegt haben, um gelegentlich diese Rassen zu benutzen. Es gibt Menschen, die bestimmte Beiträge für bestimmte Zwecke leisten können. Sie wollen sie einmal ausgeben. Sie sollen das aber jetzt tun. Sie sollen nichts aufstieben. Keine Verzögerung! Anfordern helfen ist heute die erste und größte Bürgerpflicht.

Der Reichstagsminister hat am Freitag der nationalen Arbeit die Waffe aufgelegt, um die Hände zu regen, und er hat alle, die guten Willens sind, gebeten, nicht darauf zu warten, daß die Regierung allein die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern jeder dazu sein Teil zu beitragen. Nun hat sich aber gezeigt, daß es in der deutschen Wirtschaft immer noch hemmende Bedenken gibt. Man will abwarten, bis sich die Verhältnisse beruhigt haben, man will abwarten, wie sich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung auswirken, man will abwarten, wie sich die Konjunktur, an die jeder glaubt, anläßt, man will abwarten, bis kein Risiko mehr zu tragen ist, man will abwarten, bis die Reformen beendet sind, und schließlich hat sich nicht nur ein Teil der deutschen Produktion so eingestellt, sondern auch ein Teil der Kaufkraft, der Kaufkraft, also der Käufer. Die Regierung hat sich schließlich veranlaßt, seine Erklärung zu veröffentlichen, daß die Eingriffe in die deutsche Wirtschaft beendet seien, daß nunmehr alles durch die neue Bewegung erfasst worden ist, was wichtig war, das Fundament der neuen Zeit zu legen, und jetzt die Dispositionen der Wirtschaft auf weite Sicht möglich seien, da sie keine Hindernisse, Hemmnisse, Erschwerungen zu erwarten brauchen.

Es waren freilich viele Eingriffe notwendig, viele Wirtschaftskorrekturen, viele Maßnahmen. Doch tragend wurde sich doch die nationale Revolution geltend machen, sie mußte doch zeigen, daß sie Ziele hatte, daß sie von einer großen Idee getragen war. Sehr schnell sind Programmpunkte der NSDAP erfüllt worden, schneller, als man annehmen konnte, und gewaltige Neuerungen durchgeführt, demokratische und liberalistische Theorien ausgemerzt und widerlegt. Nur vom gesunden Boden aus kann sich eine Besserung vollziehen. Nunmehr ist der gesunde Boden geschaffen. Die Organisierung der neuen Wirtschaft kann fröhlich tragen. Sowohl Propagandaminister Dr. Goebbels, wie der Reichstagsminister haben in ihren Sonntagreden darauf hingewiesen, daß das, was bisher geleistet worden ist, überaus wichtig zu bewerten sei, auch im Gesichtspunkt des deutschen Wiederaufbaus. All die Reformen an und in den Verwaltungen, selbst die Reinigung des Beamtenkörpers, die Untersuchungen bis in die lange verstaubten Akten privater und amtlicher Stellen, haben einen Sinn, den Sinn, die Reinlichkeit wieder zu finden, die allein für ein gesundes Aufbaufundament bürgt. Ohne Zweifel versteht die breite Masse des deutschen Volkes diese, wie sie vielleicht meint, Kleinarbeit richtig. Das sind die Vorbedingungen

Un das sächsische Volk!

Aufruf des Reichsstatthalters Mutschmann.

Der Reichsstatthalter für Sachsen, Martin Mutschmann, veröffentlicht folgenden Aufruf an das sächsische Volk: Volksgenossen! Männer und Frauen Sachsen!

Durch das Vertrauen des ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und unseres Kanzlers und Führers Adolf Hitler zum Reichsstatthalter ernannt, habe ich zur Neubildung einer sächsischen Regierung Männer berufen, die in jahrelangem Kampf in der vordersten Front der nationalsozialistischen Bewegung an der Befreiung unserer sächsischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes vom Joch marxistisch-liberalistischer Herrschaft mitgewirkt haben. Die neue Regierung ist nunmehr gebildet und Sachsen steht damit an einem Wendepunkt seiner Geschichte. An die Stelle einer unruhigen 15jährigen Vergangenheit soll eine große unvergängliche Zukunft treten.

Der Klassen- und Parteienstaat soll für immer der Vergangenheit angehören, und es soll ein Volksstaat entstehen, in dem alle Kräfte gemeinsam sich zum Wiederaufbau regen.

Mit besonderem Dank gedenke ich in dieser Stunde aller derer, die durch jahrelange Opfer trotz Haß, Terror

und Verleumdung die Fahnen des neuen Deutschland hochgehalten haben. Der Ruhm dieser Tausende unbekannter Soldaten der Nationalsozialistischen Revolution wird unvergänglich in der Geschichte unseres Sachsenlandes fortleben.

Nun stehen gewaltige Aufgaben vor uns. Sachsen, das in den vergangenen Jahren mehr als andere Länder zu einem Hofflandsgebiet ungeheurer Ausmaßes geworden ist, soll wieder eine Stätte deutscher Arbeit und deutschen Fleißes und ein Hort deutscher Kultur werden.

Beseelt von dem Willen, neu aufzubauen, gehen wir mit demselben unerschütterlichen Glauben und Gottvertrauen an die Arbeit, mit dem wir unsern Kampf um die Wiedergewinnung deutscher Ehre und deutscher Freiheit vor mehr als einem Jahrzehnt begonnen haben. Alle, die guten Glaubens und ehrlichen Willens sind, rufen wir zu dieser Arbeit auf, das Werk unseres großen Führers vollenden zu helfen.

Es lebe die Deutsche Revolution!

Es lebe unser Führer, dem wir mit Gott in die Zukunft folgen!

Martin Mutschmann
Reichsstatthalter für das Land Sachsen

Dr. Frids Schulprogramm.

Dr. Frid, Berlin. Auf der Konferenz der Kultusminister der deutschen Länder, die am Dienstag im Reichsinnenministerium zusammentrat, machte Reichsinnenminister Dr. Frid programmatische Ausführungen.

Die nationale Revolution, so erklärte er, gibt der deutschen Schule und ihrer Erziehungsaufgabe ein neues Gesicht: Sie hat den politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates ganz und unabherrlich zuzunehmen verbunden ist.

Der Minister betonte weiter, daß er keineswegs an Uniformität des Bildungswesens oder an zentralistische Anordnungen des Reichs denke. Aber die neue Schule gehe grundsätzlich vom Gemeinschaftsgedanken aus, sie habe im Dienste des Volksganzen zu stehen. Zwar bleibe die Entfaltung der Persönlichkeit nach wie vor bedeutsame Aufgabe, aber den selbstverständlichen Rahmen nicht nur, sondern auch den Richtungspunkt ihrer Entwicklung bilde die Volksgemeinschaft, in die wir hineingeboren seien. Daraus ergebe sich Volk und Vaterland als wichtigste Unterrichtsgebiete. Das Fremde, Weltberühmte sei zu allen Zeiten eine große Gefahr gerade für den Deutschen gewesen. Dr. Frid will aber die Werte nicht verlernen, die wir im Laufe einer zweitausendjährigen Geschichte von anderen arischen Völkern in händigem Kulturkampf übernommen hätten. Der fremdsprachliche Unterricht werde auch weiterhin dem Verständnis dieser Zusammenhänge die Wege ebnen. Zu den edelsten Werten, deren Pflege uns am Herzen liegt, gehöre unsere Muttersprache, deren Reinheit leider noch immer nicht so gepflegt werde, wie es wünschenswert sei. Dabei gedachte der Minister auch der deutschen Schrift, die ihren unbedingten Vorrang vor der lateinischen niemals verlieren dürfe.

Die Geschichte stehe unter den Schulfächern in vorderster Linie. Wir müßten unsere völkische Entwicklung aus dem Boden und den Massenverhältnissen unserer eigenen Heimat heraus erleben, und daher die Vorgeschichtsforschung härter auswerten. Ein Hauptstück der Geschichtsbetrachtung müßten die letzten beiden Jahrzehnte unserer eigenen Zeit bilden.

Auch der lebenskundliche (biologische) Unterricht bedürfe des Ausbaues nach zwei Seiten hin. In der Klassenkunde müßten die europäischen Hauptvölker behandelt werden, die an der Zusammenkunft des deutschen Volkes teilhaben. Dabei sei von einer geschlossenen Beschimpfung fremder Rassen grundsätzlich abzusehen. Bei der Bedeutung der nordischen Rasse für die Entwicklung Europas und der übrigen Erd-

teile müsse der Beginn der europäischen Geschichte mit dem Auslaufen der aus dem mitteleuropäischen Raume stammenden Griechen und Römer in Südeuropa und über die Grenzen Europas hinaus die Kulturleistung der Indier und Perser als eine Tat der nordischen Rasse erkannt werden. Auch das geistige und machtpolitische Uebergewicht der in der Neuzeit weltbeherrschenden Völker, der Deutschen, der Engländer und der Nordamerikaner, finde seine letzte Erklärung darin, daß in ihnen nordische Tatkraft sich Geltung verschafft habe.

Im Anschluß daran schilderte der Minister die Bedeutung des erbgelundheitlichen Unterrichts, der Familienforschung, der körperlichen Erziehung und der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, zu der auch die Pflege geländepolitischer Übungen gehörten.

Dann ging er auf die schulpolitischen Bestimmungen des Reichsverfassung ein, die bisher keine geeignete Ordnung des deutschen Schullebens ermöglicht hätten. Die Erziehungsautorität der Familie erkannte er durchaus an, er wünscht auch die Autorität der Eltern auf jede Weise zu stärken. Aber es geht nach seiner Meinung nicht an, Erziehungsberufstätige, die die Bindungen an Volk und Staat außer acht lassen, von Staats wegen und mit Staatsmitteln aufhand zu setzen, ihre volks- und staatsfeindlichen Aufstellungen durch besondere Schulen zu verbreiten und durch die Kinder zu verewigen. Dr. Frid hält es jedoch nicht für erforderlich, die unbrauchbaren Verfassungsbestimmungen über die Schule ausdrücklich außer Kraft zu setzen. Er empfiehlt ein Reichsgesetz, das staatsfeindliche Agitation unter Schulpflichtigen schwer bestraft.

An die programmatischen Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. Frid knüpfte sich auf der Konferenz der Kultusminister der deutschen Länder eine Aussprache, die in allen wesentlichen Punkten Einmütigkeit erlangte. Besonders erörtert wurde die Frage der Anwendung des Gesetzes gegen die Ueberfüllung der Schulen und Hochschulen, die Abwehr staatsgefährlicher Beeinflussung der Schulsituation und die Sicherung der einheitlichen Nationalerziehung. Einzelragen sollen noch auf der für Ende Mai vorzusehenden nächsten Tagung des Ausschusses für das Unterrichtswesen weiter behandelt werden.

Der bayerische Kultusminister Schömm gab als Vorsitzender des Nationalsozialistischen Lehrerbundes die Erklärung ab, daß die Zeitung dieses Bundes örtliche Sonderaktionen ablehne, die über den in der Nationalsozialistischen Lehrerschaft (Magrenth) genebenen Rahmen hinausgehen.

Schlageterlehre im Gerichtssaal.

H Düsseldorf. Zur gleichen Stunde, zu der vor 10 Jahren vom französischen Kriegsgericht in Düsseldorf Albert Leo Schlageter zum Tode verurteilt wurde, fand in gleichem Saale, in dem damals der Urteilspruch verkündet wurde, eine würdige Ehrung Schlageters statt. Der Bund nat.-soz. deutscher Juristen übergab dem Landgerichtspräsidenten an der Schwelle des Saales einen Lorbeerkranz mit roter Halbkreuzschleife. Präsident Aren ließ den Kranz an der Stelle anbringen, wo Schlageter als Angeklagter gesessen hatte. Von der Justizverwaltung sind Mittel bereitgestellt worden, um dem geschichtlich denkwürdigen Raum eine würdige Ausstattung zu geben.

für die Ankerbefestigung. Zunächst haben sie das wunderbare Vertrauen zur Regierung und zur nationalen Bewegung gebracht, haben es ständig vermehrt, und aus diesem Vertrauen bereits wächst der Geländungsprozess. Es kann jedoch nicht allein bei Vertrauensundgebungen stehen, wie gesagt: die Bürgerpflicht gebietet mitzubekommen, die Zeit zu nutzen. Man kann sogar egoistisch denken: wer jetzt Ruhe hat, die Welt in die Schranken zu fordern, das heißt, Unternehmungsflust zeigt und etwas wagt, kann gewinnen. Niemand wird ihm Erfolge weiden, im Gegenteil, sagte nicht die Regierungserklärung, daß jeder amtliche Förderung erfahren soll, der sich jetzt in die Linie des Aufbaues stellt? Die Bürgerpflicht ruft: Produzent und Verbraucher, sie ruft alle, jetzt an die Arbeit zu treten, um das Schredensgepöhl der deutschen Wirtschaftenot zu beseitigen.